

Spangenberg Zeitung.

Blatt für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27



Telegr.-Adr.: Zeitung

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend frühzeitig für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei ins Haus, ein schließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Reise und Erholung“, „Unterhaltungsbelletr.“. — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Anzeigen werden die sechsgelbte 8 mm hohe (Netto) Zeile oder deren Auslegung mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung Anzeigen werden die ersten 10 Zeilen mit 10 Pfg. berechnet. Restzeilen werden mit 15 Pfg. berechnet. Kleinanzeigen werden mit 10 Pfg. berechnet. Beilagen werden mit 15 Pfg. berechnet. Beilagen werden mit 15 Pfg. berechnet. Beilagen werden mit 15 Pfg. berechnet.

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 102 Donnerstag, den 25. August 1932 25. Jahrgang.

Luftschutz und Luftwaffe

Luftschutznahmen in Deutschland. — Angriffssübungen in Frankreich.

— Berlin, 25. August.

Der Deutsche Luftschutz-Verband ist vor kurzem mit dem Aufruf an die Öffentlichkeit getreten, in dem er es als seine Aufgabe bezeichnete, den Luftschutzwillen zu erheben, um in alle Kreise des deutschen Volkes zu tragen und sie zu erhalten, um so die Bevölkerung feilsch und markant zu machen, etwaige Luftangriffe zu überleben. Der Verband spricht dagegen aus der Rundgebung, dass die französische Luftverteidigungsliga kürzlich vor der Öffentlichkeit getreten ist. In diesem Aufruf heißt es: „Wer die Luftverteidigung bestreitet, wird den Widerstand seines Gegners in kürzester Zeit brechen, als die Landverteidigung. Man braucht, um mobilzumachen und aufzumachen, einen Luftschutzwillen, der sich morgen und noch viel stärker in einigen Jahren abspielen kann, wird umfassend sein. Er führt durch Hunger, so wird man heute durch die der Luftverteidigung auferlegten Leiden die Moral des Feindes brechen und, und das als ein normales Mittel der Kriegsführung ansehen. Deshalb muß Frankreich eine Luftverteidigung haben, unabhängig von den Flugzeugen des Landes. Die Luftverteidigung ist nur zu erringen, wenn wir eine genügende Anzahl von Bomben- und Jagdflugzeugen besitzen. Da wir im Frieden nicht daran denken können, das ganze im Kriege notwendige Material auf Lager zu nehmen, muß Frankreich ein großes ziviles Flugzeug unterhalten und im Mobilisationsfall Flugzeuge beschaffen, deren große Serien schon heute bis ins kleinste vorbereitet sein müssen. Daher brauchen wir auch eine mächtige Luftverteidigungsindustrie, die uns das Material und Reparaturmaterial zur Verfügung zu stellen hat. Ein so bewaffnetes Frankreich, fähig die Kriegerindustrie des Landes, seine Verkehrswege und nötigenfalls seine großen Zentren zu zerstören, ist nicht angreifbar.“

Was hier von der französischen Luftverteidigungsliga behauptet wird, das wird vom französischen Generalstab bestätigt. So begannen gerade in dieser Woche in der Westfront (Dienstag) — Berru-aux-Bac — eine französische Luftmanöver, die nach der Zahl der Teilnehmer, die daran teilnehmen, alle ähnlichen Übungen aller Art in den Schatten stellen. Die Aufgabe, die den beteiligten Verbänden gestellt ist, lautet: 1. Feststellung der gesamten Zeit, die zur Mobilisierung der aktiven und passiven Luftverteidigung notwendig ist. 2. Gewährleistung vorbildlicher Zusammenarbeit der Landarmee und der Luftstreitkräfte. Durchführung einer engen Zusammenarbeit der Militärbehörden mit den Zivilbehörden.

Der Höhepunkt werden diese Manöver, an denen sämtliche Fliegerformationen der westlichen Garnisonen, verstärkt durch Fliegerregimenter der übrigen Gegend, teilnehmen, in der Nacht zum Freitag erreichen, wo das ausgeübte Manövergebiet verdeckelt wird. In der Nacht und am Morgen werden dabei die für die Bevölkerung eingerichteten Schutzmaßnahmen ausprobiert: Beziehung der Unterstände, Alarm der Feuerwehrr und des Roten Kreuzes. Zu dieser Zeit wird auch der Generalinspekteur der französischen Luftverteidigung, General Bertain, im Manövergebiet weilen.

Die diese Manöver zeigen, hält man in Frankreich einen wirklichen Schutz der Zivilbevölkerung gegen Luftangriffe, der die aktive und passive militärische Luftabwehr nicht für möglich. Und das ist ohne Zweifel richtig. Wie sehr sind damit die Bestimmungen zu vereinbaren, die in der Luftverteidigung über den deutschen Luftschutz getroffen wurden, und die uns — abgesehen von den für Königsberg und die Räte gestellten Flugzeugabwehrgefechten — jede militärische Luftabwehr verbieten?

Man dürfen wir zwar in Deutschland, wenn uns schon die militärische Luftabwehr „verbieten“ ist, deshalb noch weniger den zivilen Luftschutz gering achten, haben doch alle europäischen und der größte Teil der außereuropäischen Länder neben den militärischen auch umfangreiche zivile Luftschutzmaßnahmen getroffen. Sogar in der Schweiz und in Holland glaubt man, nicht auf zivilen Luftschutz verzichten zu können. In mehreren Ländern ist man damit beschäftigt, ein eigenes Meldegesetz für die Luftabwehr aufzubauen, um bei drohender Gefahr die Bevölkerung so schnell wie möglich warnen zu können. In London ist man auf den originellen Gedanken gekommen, das U-Bahnnetz dem zivilen Luftschutz dienstbar zu machen, indem man es als Zufluchtsstätte gegen Bombenabwürfe herrichten will. Auch in der Schweiz gegen Gasbomben läßt man sich im Ausland sehr angelegen sein.

Aus alledem ist zu erkennen, welche große Bedeutung man im Ausland dem zivilen Luftschutz beilegt, dessen wir uns in Deutschland für Deutschland angelich seiner zentralen Lage und seiner Weltrolle auch auf dem Gebiete des Luftschutzes doppelt notwendig ist. Sein Bewenden darf es dabei nicht sein. So muß die Reichsregierung, wenn sie demnach die Verhandlungen über die deutsche Gleichberechtigung fortsetzt, insbesondere auch der Schutzlosigkeit Deutschlands gegen Luftangriffe ein Ende machen.

Auch für die Luftwaffe und den Luftschutz gilt, was das italienische „Giornale d'Italia“ (Jornal) von den deutschen Luftverteidigungsmaßnahmen schreibt, nämlich, daß die deutschen Luftverteidigungsmaßnahmen ernsthaft zu betrachten werden kann. Das Wort zum fünften Mal des Friedensvertrages (siehe klar für die deutsche Luft-

Freie Wirtschaft

Luther über die Politik der Reichsbank — Für Goldwährung und Diskontsenkung

— Dortmund, 25. August.

Die Beratungen des 68. Deutschen Genossenschaftstages fanden mit einer Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther ihren Abschluß. Reichsbankpräsident Dr. Luther erkannte an, daß sich die Genossenschaften in der Krise der Gegenwart in ihrem Kern als durchaus widerstandsfähig erwiesen haben und fuhr danach fort:

„Trotz allen Wirbels der politischen Ereignisse befinden wir uns in einer historischen Lage. Die elementare Kraft des Schrumpfungprozesses ist nicht mehr so groß, daß man nicht alles daran setzen müßte, den Wirtschaftenden wieder Mut zu machen, und daß man nicht mit wohlüberlegten und entschiedenen Maßnahmen der Staatsgewalt und der Reichsbank nunmehr versuchen dürfte und müßte, den natürlichen Genossenschaftsprozess zu unterbrechen. Manches, was in einem früheren Zustand der Krise von der Wucht der Ereignisse verschlungen worden wäre, kann jetzt mit Aussicht auf Erfolg eingeleitet werden.“

Angeht es den Gedanken, nur ganz Neues vermöge Abhilfe zu schaffen, könnte bei manchen der Eindruck entstehen, als ob eine Verteidigung des Grundbesatzes der Privatwirtschaft und der Aufrechterhaltung weltwirtschaftlicher Verbindungen, wie auch eine Verteidigung der Goldwährung Passivität sei und ein gefährliches Scheitern bedeute. Wirtschaftsentwicklungen sind aber Entscheidungen auf lange Frist.

Gerade im Kreise der Genossenschaften spreche ich besonders gern aus, daß nach allen bisherigen Erfahrungen nur durch Einleitung des privatwirtschaftlichen Erfolgstrebens, aber auch der privatwirtschaftlichen eigenen Verantwortung jener höchste Ruherfolg aus der Menschheit herausgeholt werden kann, der herausgeholt werden muß, soll Deutschland einer neuen Blüte entgegengeführt werden. Möglich ist es und nützlich, den deutschen Menschen in tunlichst großem Umfang auf die Ergebnisse des deutschen Lebens zu verweisen. Eine gewisse Anpassung und auch dauernde Vereinfachung der Lebensführung mag um dieses Zieles willen in Kauf genommen werden.

Stärkung des Binnenmarktes

Sache der praktischen Politik ist es, einen Zustand herbeizuführen, in dem der Binnenmarkt stark ist, und wir doch die Segnungen des Weltwirtschaftsverkehrs genießen. Die absolute Autarkie aber, die ja wohl nur wenigen als Ziel vorzuschwebt, würde mit Not und Tod sehr vieler Deutscher überbezahlt werden. Die Landwirtschaft kann nur dann die Preise erzielen, die zu ihrer Erhaltung notwendig sind, wenn die Kaufkraft der Bevölkerung eine starke Ergänzung durch Beschäftigung im Dienste der Ausfuhr erfährt.

Auch die Währung ist kein Verzichtsfeld, keine Stelle, an der, ohne die Erfahrungen der Vergangenheit zu benutzen, herumgebastelt werden darf. Der Reichsbank sind über tausend Währungsprojekte eingereicht worden. Welches dieser Projekte ist das richtige?

Alle Währungsleiter der Welt sind für darüber einig, daß die Krise von der Währungsseite her nicht überwunden werden kann.

Das bedeutet keineswegs, daß nicht währungsmäßig kleine Hilfen geleistet werden können, und bedeutet auch nicht, daß bei sorgfältiger Beachtung der gegen jede Inflation gerichteten Notenbankgrundregel zum richtigen Zeitpunkt Kredit-hilfen auch in umfassender Weise eingelegt werden können. Mit der Kampferheute der offenen, verhehlerten oder dosierten Inflation ist sich jeder rasch einen ewigen Verfluchung Platz machen würde, muß ich vor meinem Gewissen und vor meinem Verantwortungsgefühl gegenüber unserem Vaterlande ablegen.

Was die Reichsbank für

Arbeitsbeschaffung

bereits getan und zugefagt hat, ist bekannt. Aus dem Regierungsprogramm wird sich weiteres ergeben. Ich erinnere auch an die Ruffenwechsel und an die Sparkassenhilfe. Vor allem aber spreche ich auch hier wieder aus, daß die Reichsbank bereit ist, der Wirtschaft für jeden wirtschaftlich gefunden Zweck ihre Kreditkraft zur Verfügung zu stellen, sofern es sich nur um echte Geschäftsvorfälle handelt, aus

denen die Zahlung und damit die Einlösung des Wechsels in der erforderlichen kurzen Frist sich ergibt. In diesem echt wirtschaftlichen Rahmen fehlen nicht die Kredite, sondern es fehlen die, die bereit sind, die Kredite zu nehmen.

Auch wenn demnach das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung besondere Erleichterungen bieten wird, und die Reichsbank Wege gefunden hat, um kräftig mitzuwirken, so kommt es letzten Endes doch darauf an, daß die zum privaten Wirtschaften Berufenden nun auch wirklich wirtschaften wollen. Die deutsche Währung und Wirtschaft würde an die Interessen einer fremden Wirtschaft und Währung geschmiebt sein, wollte sie einen anderen Wertmesser als Gold nehmen.“

Nachdem Reichsbankpräsident Dr. Luther die Einführung einer Binnenwährung noch mit der Begründung abgelehnt hatte, die Konsequenz einer solchen Maßnahme würde in der Schaffung eines Außenhandelsmonopols bestehen, führte er weiter aus:

„Es wird eine gewisse Enttäuschung bereiten, daß ich in meiner heutigen Rede auf

Die aktuellen Probleme der Zinshöhe

nicht in vollem Umfange eingehe. Ich muß mir eine ausführliche Stellungnahme zu diesen Fragen vorbehalten und das besonders mit Rücksicht darauf, daß gerade über diese Angelegenheit eingehende Erörterungen zwischen der Reichsregierung und der Reichsbank stehen. Jedoch wird die eine grundsätzliche Bemerkung gemacht werden können, daß, was auch immer auf diesem Gebiet geschieht, dem einen großen Ziel alles amtlichen und privaten Strebens dienen muß, um letzten Endes die wirtschaftliche Kraftentfaltung Deutschlands zu stärken, der Unternehmungslust neue Antriebe zu geben und alles zu vermeiden, was die allgemeine Erholung aufhalten könnte.

Was die deutsche Auslandsschuld anbetrifft, so möchte ich mich in diesem Augenblick auf das kürzlich abgegebene Interview des Reichswirtschaftsministers beziehen, in welchem jeder Gedanke an einen einseitigen Eingriff Deutschlands in seine Zinsverpflichtungen zurückgewiesen wird. Die fortgesetzte Beobachtung und pflegliche Behandlung der Devisenlage der Reichsbank und eine möglichst baldige Erhöhung des Gold- und Devisenbestandes der Reichsbank ist selbstverständlich eine meiner hauptsächlichsten Aufgaben.

Ebenso selbstverständlich ist es, daß in freier Entschiedenheit aller Beteiligten fortgesetzt an einer Herabsetzung der Geldkosten gearbeitet werden muß.

Was den Diskontsatz anbetrifft, so ist die Reichsbank — vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung, zur weiteren Diskontsenkung bereit. Diese Bereitwilligkeit besteht seit längerer Zeit. Eine weitere Diskontsenkung liegt auf der Linie der gesamten im Wirtschaftsinteresse gestützten Diskontpolitik der Reichsbank. Wenn sie bisher nicht erfolgt ist, so liegt das lediglich an der Vorsicht des Bankgesetzes. Die Maßnahmen zur Verringerung dieses Zustandes fallen in die Zuständigkeit der Reichsregierung, die alle Möglichkeiten im Rahmen ihrer Gesamtverantwortung prüft.“

Zum Schluß seiner Darlegungen berührte Reichsbankpräsident Dr. Luther noch die Organisation des Bankwesens im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsstand und der Staatswirtschaft. Wäre die kurzfristige Verschuldung rechtzeitig eingebracht worden, dann wäre voraussichtlich auch die Tributfrage früher in Fluß gekommen. Nur ein Bankwesen mit privater Beweglichkeit werde in die Vielgestaltigkeit der deutschen Wirtschaft sich richtig einfügen können, sobald erst einmal der natürliche Kapitalbildungsprozess und natürliche Geldbewegungsprozess wieder im Gange seien.

Für die Zukunft komme es darauf an, durch echte und durchgreifende Reformmaßnahmen am Staatlichen alles, was Staat und öffentliche Aufgabenerfüllung ist, gesund und kräftig zu machen, wobei das Wort kräftig in seiner Weise mit Zentralisierung gleichzusetzen sei und keinerlei Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben in Betracht kommen solle, sondern umgekehrt. Das private Wirtschaftsleben könne nur in Freiheit und Selbstverantwortung der einzelnen ge-eigen.

Die Völkerverbundung nochmals bestätigt worden. Erfüllten die Siegerstaaten den Vertrag nicht, so verliere er seine Gültigkeit, und Deutschland erhalte seine Handlungsfreiheit wieder.

Daraus ergebe sich die Schlussfolgerung: Entweder rüsten alle Staaten ab oder alle Staaten, Deutschland eingeschlossen, haben das Recht, gemäß ihren nationalen Notwendigkeiten zu rüsten.

Regierung und Beuthen

— Beuthen, 24. August.

Hinsichtlich der weiteren Behandlung der von dem Sondergericht in Beuthen gefällten Todesurteile wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: „Auf das Verfahren der Sondergerichte finden gemäß § 7 der Verordnung der Reichsregierung vom 9. August 1932 die Vorschriften der Strafprozeßordnung Anwendung, soweit nicht in der Verordnung ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.“

Daher ist die Vollstreckung von Todesurteilen, auch wenn sie von Sondergerichten gefällt sind, gemäß § 453 der Strafprozeßordnung erst zulässig, wenn die Entscheidung der zur Ausführung des Gnadenrechts berufenen Stelle ergangen ist, von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen. Da die Sondergerichte Ländergerichte sind, ist die zur Ausführung des Gnadenrechts berufenen Stelle in diesem Falle nicht der Reichspräsident oder die Reichsregierung, sondern gemäß Artikel 54 der Preussischen Verfassung die Preussische Staatsregierung.

Das Verfahren regelt sich, wie bei allen Todesurteilen preussischer Gerichte, nach der Allgemeinen Verfügung vom 26. 8. 1919 über die Zuständigkeit und das Verfahren in Gnadenachen. Danach hat der Oberstaatsanwalt, nachdem er zunächst die Stellungnahme des Generalstaatsanwalts eingeholt hat, die Akten mit seiner Äußerung dem Beauftragten für Gnadenachen vorzulegen. Dieser hat in jedem Falle, ohne auf die Einreichung eines Gnadengesuches zu warten, mit größter Beschleunigung an den Justizminister zu berichten. Seinem Bericht hat er eine Äußerung des Vorsitzenden des Sondergerichts, des Gnadenanwalts, und etwa noch anderer von ihm gehöriger Stellen beizufügen.

Es ist selbstverständlich, daß neben tunlichster Beschleunigung allen beteiligten Stellen mit Rücksicht auf die Bedeutung der Angelegenheit sorgfältigste Prüfung obliegt.“

Im übrigen wird an zuständiger Stelle nochmals erklärt, die Regierung werde sich in keiner Weise unter irgendeinen politischen Druck setzen lassen. Sie werde ihre Entscheidung vielmehr so fällen, wie sie nach rechtlichen Gesichtspunkten zu fällen sei.

Röhm in Berlin

Von nationalsozialistischer Seite wird mitgeteilt, daß der Stabschef der SA, Röhm, auf Anweisung Adolf Hitlers nach Berlin gereist ist, um bei den maßgebenden Stellen Schritte wegen des Urteils in Beuthen zu unternehmen.

Adolf Hitler hat an die zum Tode verurteilten SA-Leute ein Telegramm geschickt, in dem es heißt: „Meine Kameraden! Angesichts dieses Urteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre, der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht.“

Kein Gnadengesuch

Dr. Cuelgebrune bezieht das Wiederaufnahmeverfahren. — Röhm und Freisler in Beuthen.

— Beuthen, 25. August.

Dr. Cuelgebrune, der Verteidiger der in Beuthen zum Tode verurteilten Nationalsozialisten, lehnte in einer Unterredung mit einem Journalisten die Einreichung eines Gnadengesuchs ab.

Weiter erklärte er, es sei ihm gelungen, überraschende neue Tatsachen festzustellen, vor allem, daß der getötete Pietzuch am Abend des 9. August zwischen 10 und 11 Uhr zusammen mit 12 Kommunisten einen SA-Mann namens Sowta mit Schlagringen und anderen Waffen überfallen habe. Ein Begleiter dieses überfallenen SA-Mannes sei dann zu dem Gastwirt Sachmann gekommen und habe um Hilfe gebeten. Durch diese Tatsache erfahre der Sachverhalt eine völlig neue Beleuchtung. Denn es ist behauptet worden, daß Pietzuch schon um 8 Uhr abends im Bett gelegen hätte.

Alle diese Tatsachen ergäben die Möglichkeit, das Wiederaufnahmeverfahren zu betreiben, weil tatsächlich inzwischen die Beweismittel beigebracht seien, die es notwendig erscheinen ließen, die Sache im ordentlichen Gerichtsverfahren nachsprühen.

Inzwischen ist auch der Stabschef der SA, Röhm, in Beuthen eingetroffen. Wie mitgeteilt wird, hat Röhm

während seines Aufenthalts in Berlin eine Unterredung mit dem Reichsanwalt nicht gehabt.

Landtagsauskunft nach Beuthen einberufen.

Am gleichen Tage wie der Stabschef der SA, traf auch der Vorsitzende des preussischen Landtagsauschusses zur Nachprüfung der Rechtsplege, Dr. Freisler (Nat.-Soz.), in Beuthen ein. Dr. Freisler hat nunmehr den Auspruch im Einvernehmen mit dem Landtagspräsidenten Kerl für den 2. und 3. September nach Beuthen einberufen. Der Auspruch soll sich an Ort und Stelle mit den Todesurteilen befaßen.

Der Vorsitzende der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, Staatsminister a. D. Dr. Frick, sandte ein Telegramm an den Reichsanwalt, das sich gegen die Vollstreckung der Todesurteile wendet.

Kundgebung

der Reichsregierung und Preussischen Staatsregierung. Berlin, 24. August.

Ämtlich wird mitgeteilt:

Gegungen durch Gewalttaten im innerpolitischen Kampf, welche das Ansehen des Reiches aus schwerer gefährdeten, hat der Herr Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung die schärfsten Strafen gegen den politischen Terror verhängt. Mit dem Augenblick, in dem diese Verordnung in Kraft getreten ist, mußte sie gleichzeitig gegen jedermann, der Recht und Gesetz verletzt, ohne Ansehen der Partei oder der Person Anwendung finden. Die Reichsregierung wird nötigenfalls alle Maßnahmen der Staatsgewalt einlegen, um den Vorschriften des Rechtes unparteiisch Geltung zu verschaffen und wird nicht dulden, daß sich irgendeine Partei gegen ihre Anordnungen auflehnt. Ebenso wenig wird sich die Preussische Staatsregierung durch politischen Druck in der pflichtmäßigen Prüfung beeinflussen lassen, ob sie ihr Begnadigungsrecht im Falle der Beuthener Todesurteile ausüben kann.

Die leidenschaftlichen Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen diese Urteile erhoben worden sind, sollten sich gegen die Urheber der blutigen Ereignisse und nicht gegen die Staatsgewalt richten, die im Interesse der Gesamtheit zu so schweren Maßnahmen greifen mußte. Die Reichsregierung wird jedem Versuch, die Grundzüge des Rechtsstaates zu verfälschen und die politischen Leidenschaften zu erneuten Ausschreitungen aufzuschüren, zu begegnen wissen.

Sondergericht in Berlin

Das erste Urteil: 10 Jahre Zuchthaus wegen Landfriedensbruchs.

— Berlin, 25. August.

Von den auf Grund der Notverordnung eingesetzten Sondergerichten hat nunmehr auch das Sondergericht Berlin seine Verhandlungen eröffnet. Angeklagt war der 20jährige kommunistisch gesinnte Hausdiener Schmidte, der am 14. August in der Prostauer Straße mehrere Schüsse auf Nationalsozialisten abgegeben hat und der nationalsozialistische Arbeiter Bidel, dem unbefugter Waffenbesitz zur Last gelegt wurde. Beide Angeklagten bestritten die ihnen zur Last gelegten Delikte. Als Hauptbelastungszeuge gegen Schmidte trat der nationalsozialistische Maschinenbauer Arno Jordan auf, der mit Bestimmtheit angab, daß Schmidte auf ihn und andere Nationalsozialisten geschossen habe. Verlegt wurde niemand.

Das Gericht verurteilte nach am Öffnungstage seinen Spruch und verurteilte Schmidte entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts zu 10 Jahren Zuchthaus. Bidel, gegen den der Staatsanwalt neun Monate Gefängnis beantragt hatte, wurde freigesprochen.

Stahlhelm beantragt Begnadigung

— Berlin, 25. August.

Der Stahlhelm hat sich mit einem Schreiben an den Reichsanwalt mit der Bitte gewandt, die durch das Beuthener Urteil über fünf Angehörige der SA verhängten Todesstrafen auf dem Gnadenwege von den Verurteilten abzuwenden. Der Stahlhelm begründet sein Gnadengesuch insbesondere mit dem Hinweis auf den geringen Zeitunterschied zwischen dem Inkrafttreten der Notverordnung und der Durchführung der Tat. Ein weiteres Gnadengesuch hat der Königin-Luise-Bund an den Reichspräsidenten gerichtet.

Rainer suchte zusammen dann blickte er nach der Zeugenbank. Er sah den Sohn an, der auf den Blick des Vaters gemauert hatte, und der ihn jetzt beglückt anstarrte. Es war etwas so hilflos, kindhaftes in dem Blick des Jungen, daß Rainers Lippen zuckten. Seine Barmherzigkeit wurde wach und die Liebe zu dem Sohne zu seinem Sohne. „Gut war es, als ob ihn der Vater rufe.“ Er erhob sich von seinem Platz und trat zu Rainer heran. Beide Arme streckte er über die Barriere. „Vater, mein Vater!“ sagte er mit Tränen in den Augen. Und es ging ein Gefühl der Erlösung durch den gequälten Mann. Kramphof nahm er die Hände des Sohnes und drückte sie an die Brust. „Mein... armer... Junge!“ sagte er bebend.

Mit brennenden Augen blickten die vielen Menschen im Saale auf das erschütternde Bild. Vater und Sohn hatten sich gefunden! Sie sahen, wie sich Rainer der erlösenden Tränen nur schwer erwehren konnte. Die Häupter sanken nieder, der Blick ging zu Boden, als schämte er sich, die heilige Szene zu schauen.

Schulenburg bis die Zähne zusammen. Sein Blick traf den Konful Kersten, der nicht weit von ihm saß. Die beiden Männer sahen sich an. Dann erhob sich Kersten und eilte zu dem Intendanten.

„Herr Intendant, hoffentlich bleibt uns der Sprecher Martgraf erhalten!“ Mit großer, inniger Freude ergriff der Intendant die Hände Kerstens und sagte warm: „Das Wort, Herr Konful, das muß uns zu guten Freunden machen!“

Die Geschworenen saßen mit den Richtern zusammen. Einer nach dem anderen sprach Unschärfe klang in allen Worten. Das Herz trieb zum Freispruch. Aber es gab doch so manchen, der glaubte, kein Amt zwänge ihn, wider das Herz zu sein. Plötzlich erschien in größter Aufregung ein Justizwachtmeister im Beratungszimmer.

Handwerksvertreter bei Papen

Ausprache über die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für selbständige Handwerker.

— Berlin, 25. August.

Reichsanwalt von Papen empfing Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Handwerks zu einer eingehenden Aussprache über die Wirtschaftslage und die daraus resultierenden Wünsche. Diese Wünsche betrafen vornehmlich die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für das selbständige Handwerk, insbesondere durch Wiederherstellung von Arbeitsplätzen im Altkaufmannsstand. Im Zusammenhang hiermit wurde die Lage des gewerblichen Kleinhandels und die Notwendigkeit einer einheitlichen Kreditpolitik für den gewerblichen Mittelstand erörtert.

Schließlich äußerten die Vertreter des Handwerks Wünsche, daß bei künftigen organisatorischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Reichsregierung mehr auf die Eigenart des Handwerks als einer selbständigen Berufsgruppe Rücksicht genommen werden möge. Reichsanwalt sagte zu, daß die Vorschläge in Führung der Spitzenvertretung des Handwerks eingehend geprüft werden würden.

Weiter sprach der Präsident des Deutschen Handwerks, Dr. von Stempel, bei der Unterredung vor, um auf die Auswirkungen der letzten Notverordnung in den Landkreisen hinzuweisen. Er erklärte, die Notverordnung habe nicht die Entlastung gebracht, die man von ihr erhoffte. Die durch die Notverordnung herbeigeführte besonders stark belasteten Landkreise bedürften dringend weiterer Hilfe. Darüber hinaus müsse durch die Lösung der Reichsmittel und Veränderung des Verhältnisses denjenigen Landkreisen geholfen werden, die durch die T. in Preußen durch die Übertragung des Gemeindefiskus an die Kreisfiskus — entgegen den Absichten der Reichsregierung eine erhöhte, über die Reichsabsichten vielfach hinausgehende, neue finanzielle Belastung erfahren hätten.

Röhm bei den Verurteilten

— Beuthen, 25. August.

Der Stabschef der SA, Röhm, begab sich in die Beuthener fünf zum Tode verurteilten Nationalsozialisten und gab den Verurteilten im Auftrage der Reichsregierung die NSDAP Kenntnis davon, welche Schritte von der Reichsregierung des Verfahrens und zu der Wiederaufnahme des Urteils eingeleitet worden sind. Dem Reichstagsabgeordneten Heines, dem Führer der schließlichen SA wurde der Zutritt zu den Befangenen verweigert.

Sprengstoffanschlag auf ein Wohnhaus

— Landsberg (Warthe), 25. August.

Ein neuer Sprengstoffanschlag wurde im nahe dem Saale auf das Wohnhaus des Maurers Otto Steppel verübt. Der Sprengkörper fiel aber zu kurz und traf nur einen Dreizehner, der niedergebückt wurde. Zerstört wurden auch ein hinter dem Haus stehender Stall sowie zahlreiche Fensterscheiben. Der Anschlag soll dem Sohn Bruno, Reichsbannermann ist, geschehen haben. Dieser erhielt bereits vor einigen Tagen einen Drohbrief.

Neue Mehrheit im Nationalrat

Der Einspruch des Bundesrats gegen das Anleiheprotokoll mit 82 gegen 80 Stimmen unwirksam gemacht.

— Wien, 24. August.

Der österreichische Nationalrat hat nach längerer Debatte mit 82 gegen 80 Stimmen den Beharrungsbescheid über das Laupanner Anleiheprotokoll gefaßt. Damit ist das Anleiheprotokoll trotz des Einspruchs des Bundesrats in Kraft geblieben.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde ein Antrag der Großdeutschen, über das Laupanner Abkommen eine Volksabstimmung vorzunehmen, abgelehnt.

Für das Laupanner Protokoll stimmten 66 Christlich Soziale, 10 Landvölkler und 6 Heimatblock-Abgeordnete, dagegen 70 Sozialdemokraten, 8 Großdeutsche und die beiden Heimatblockabgeordneten Hainzl und Ebner.

Der Richter runzelte die Stirn. „Was gibt es?“ „Herr Doktor, der Herr Staatsanwalt läßt um Unterbrechung bitten und um Neuaufnahme... denn eben ist eine Wendung sensationeller Art eingetreten. Der Mörder ist entdeckt!“

Das schlug wie eine Bombe ein. „Bereit atmeten alle auf.“ Der Richter hob die Beratung auf, und alle begaben sich in den Saal zurück. Das Publikum wartete schon lange in tollster Spannung. Sie erreichte den Siebelpunkt, als der Vorsitzende verkündete: „Das Gericht nimmt die Verhandlung wieder auf, da soeben gemeldet worden ist, daß der richtige Mörder der Frau Schinsky... entdeckt worden sei! Ich gebe dem Herrn Staatsanwalt das Wort!“

Nun brach es los im Saal. Ein Jubel ohnegleichen braulte durch den hohen Raum. Die Menschen erhoben sich, sie drängten der Barriere, hinter der der Angeklagte saß zu.

Die Menge war kaum zu beruhigen. Der Vorsitzende begriff die spontane Begeisterung. Er warf dem Staatsanwalt einen Blick zu. Der verstand und wartete, bis die Erregung abgeklungen war.

Dann nahm er das Wort. „Vor einer Viertelstunde hat sich im Kabarett der Komiker, das auf Wunsch des Publikums statt des Programms die Uebertragung des Prozesses brachte, die Tänzerin Irene Degmar in ihrer Garderobe erschossen. Man fand bei der ersten Blicke, in dem die Tänzerin gesteht, daß die Frau Schinsky aus Eifersucht erschossen hat. Die Unschuld des Angeklagten am Tode der Frau Schinsky ist damit als erwiesen zu betrachten, und ich beantrage hiermit die Einstellung des Verfahrens und die sofortige Infreisetzung des Angeklagten!“

„Ich schließe mich den Worten des Herrn Staatsanwaltes an!“ rief der Verteidiger froh.

Das Publikum klatschte begeistert in die Hände. Es war ganz außer Rand und Band.

Rechtsanwalt Armin aber nahm Rainers Hände. „Herrgott, bin ich froh, lieber Martgraf...“ freuten sie sich mit mir... Sie sind frei... Sie sind rehabilitiert!“ Rainer lag gelächelt Hauptes.

(Fortsetzung folgt)

Der Sprecher Martgraf

EIN FUNK- UND FILM-ROMAN VON WOLFGANG MARKEN. VERLEGER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU.

(32. Fortsetzung.)

Die Tote hat mit vielen Menschen in näheren Beziehungen gestanden. Biegt nicht das Motiv des Mordes aus Rache nahe... sei es von der Hand eines verhassten Liebhabers oder einer enttäuschten Frau... diese Möglichkeiten sind stark gegeben. Die Untersuchungen durch die Kriminalpolizei sind negativ verlaufen. Und wie es üblich ist: Es raft der See und will kein Opfer haben. Aber das Opfer darf nicht Rainer Martgraf sein, der zufällig etwa um die angenommene Todeszeit im Wohnzimmer der Toten weilte. Denken Sie an das Gutachten des Herrn Medizinalrats Kothke, der sagt, daß der Tod wahrscheinlich schon früher eingetreten war, als der Angeklagte zufällig im Wohnzimmer weilte... um dem Sohne die Geige zu sichern. Es liegt also nicht der geringste genügende Beweis vor, daß Rainer Martgraf der Schuldige ist. Ich beantrage Freisprechung des Angeklagten in vollem Umfang!“

Das Publikum stimmte dem Verteidiger dankbar zu. „Haben Sie noch etwas zu bemerken, Angeklagter?“ fragte der Richter.

Rainer verneinte. „Dann zieht sich das Gericht zur Beratung zurück.“

Rechtsanwalt von Armin sagte Rainer an der Hand. „Sind Sie mir böse, Herr Martgraf, weil ich Ihnen Ihr Geheimnis entriß?“

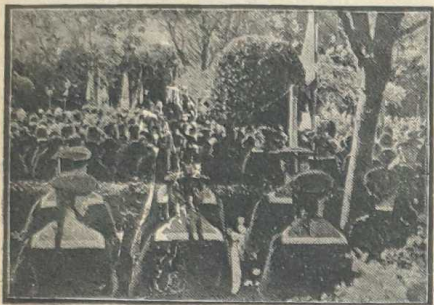
Rainer schüttelte müde den Kopf. „Nein, es ist ja jetzt alles gleich!“

„Seien Sie tapfer und stark, wie Sie es Ihr ganzes Leben waren, lieber Freund! Wollen Sie jetzt die Stirne ins Korn werfen?“

„Ich weiß nicht! Ich habe keinen Gedanten!“ „Denken Sie an... Ihren Sohn!“

— Kiel, 24. August.

Ferner widmete der katholische Stationspfarrer Hermes den Toten Worte ehrenvollen Gedekens. Es folgte der Gesang des Chorals „Herr meine Seele“.



Die Namen aber unserer Kameraden vom Fehmarn-
belle werden mit der deutschen Marine unlösbar verbunden
bleiben. Sie seien uns allezeit ein leuchtendes Vorbild im

Der Vorstand.

Der Europaflug brachte einen beispiellosen Erfolg des deutschen Piloten Oberleutnant Seidemann. Er flog von Rom nach Paris, eine Strecke von beinahe 2500 Kilometern. In Rom begrüßte ihn Baron Marshall von der deutschen Botschaft. Seidemann, der als erster in Rom angekommen, nach der Etappe Berlin—Rom.

U. 2109

Inferieren bringt Gewinn!

U. 2109.